

Eine uncoole Herausforderung

Die anderen Parteien sollten die AfD nicht überschätzen, ihre Themen aber ernst nehmen, meint Wolfgang Storz

Da die Alternative für Deutschland trotz ihrer Skandalchen und wachsenden Zahl total zerstrittener Landesverbände vor neuen (Landtags-) Wahlerfolgen steht und sich vor allem als Ersatz für die Desaster-FDP einen ständigen Platz in der politischen Landschaft gesichert hat, stellt sich drängend die Frage: Wer oder was ist diese Partei? Rechtsextrem, rechts, konservativ, vorne, nicht lechts nicht rinks, Mitte, rechtspopulistisch, wirr, irre?

Die Frage, wer sind die, ist für alle politisch Organisierten von Interesse, saugt diese Partei ihre Stimmen doch aus allen Himmelsrichtungen an – auch ganz fett von der Partei Die LINKE.

Erste Annäherung: Die AfD ist Sammelbecken aller Euro-Gegner. Das ist nicht nur eine unpolitische, sondern zudem eine idiotische Kategorie, weil der Euro eine Währung und eine Währung ein bloßes Instrument ist, das mit politischen Zielen und Werten nichts zu tun hat. Nur weil andere Parteien, vor allem Union und SPD, die primitive zweigliedrige These aufgemacht haben: EU und Euro stiften Frieden, also ohne Euro gibt es Krieg, wurden diesem Instrument fälschlicherweise die Weihen eines Wertes zugewiesen.

Wenn ich als These unterstelle, dass die bloße Existenz der AfD die politische Kommunikation vor neue Herausforderungen stellt, dann könnte dies die erste Lehre sein: Wer die AfD wirksam bekämpfen will, der muss zwischen Instrumenten der Politik und politischen Zielen klarer als bisher unterscheiden. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, fällt deshalb als Erster durch. Denn der meint, die CDU werde nie nirgends mit der AfD koalieren, die sei rückwärtsgewandt, sei sie doch gegen den Euro. Toll.

Also weiter. Wer oder was ist eine Partei, die plakatiert: »Rettungsschirme für Schulen statt für Banken«, »Die Griechen leiden – die Deutschen zahlen – die Banken kasieren«, »Alle Macht geht vom Volke aus«. Das könnte doch glatt die LINKE sein. Oder? Nein, doch nicht, denn es geht so weiter: »Einwanderung braucht klare Regeln«. »Mut zur Wahrheit« und »Mut zu Deutschland«. Das ist wiederum typisch un-links, eher Merkel oder Gabriel.



Wolfgang Storz war bis 2006 Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« und arbeitet seither als Berater und Publizist.

Foto: Stephan Moll

Die AfD bietet für denjenigen eine wirre Mischung, der deren Inhalte nach dem Rechts-Links-Schema einordnen will. Die AfD-Leute beteuern, sie seien leidenschaftlich für Europa, zugleich werben sie für einen Rückzug auf den Nationalstaat; auch mit dem Argument, nur der sei demokratisch. Natürlich plädiert Hans-Olaf Henkel, einst BDI-Präsident und jetziger EU-Parlamentarier mit AfD-Mandat, für eine Politik der Globalisierung und Internationalisierung. Andererseits steht die Partei ablehnend dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der Europäischen Union gegen-

über, da sie Nachteile für die mittelständische Wirtschaft fürchtet. Die AfD kritisiert sehr deutlich die Rolle der Banken. Einen prominenten Platz nehmen Positionen ein, welche Sanktionen gegen Russland klar ablehnen. Sie ist gegen die Energiewende, um die Strompreise zu senken. Beatrix von Storch, bundesweite Frontfrau, ist gegen Abtreibung, und gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind für sie keine Ehen. Frauke Petry, Spitzenkandidatin in Sachsen, fordert eine Volksabstimmung zur Verschärfung der Abtreibungsgesetze.

Nun könnte man sagen: Lucke, Starbatty, Henkel, Gauland, Adam, von Storch und Petry, das sind so geniale Strategen, die praktizieren das gestern wie heute meist von Rechtsextremen gepflegte Bündnis-Konzept der Querfront, das – verkürzt gesagt – versucht, mit sich widersprechenden Positionen Wählergruppen von rechts bis links anzusprechen. Dies zu unterstellen hieße jedoch, die handelnden Akteure heillos zu überschätzen.

Es bleibt also die Frage: Wie gehen Politiker, die sich der Aufklärung verpflichtet fühlen, mit diesem Sammelurium um?

Eine Überlegung: Es hilft, die Themen der AfD und damit sie selbst ernst zu nehmen. Siehe: die Rolle der Banken. Siehe die Frage: Wo richtet der Euro mehr Schaden als Nutzen an und wie kann das korrigiert werden? Siehe die Frage: Wo hilft der starke demokratische Nationalstaat mehr als die von Lobbyisten umstellte EU-Bürokratie, ein demokratisches Europa zu schaffen? Und es hilft, die AfD dort gezielt zu bekämpfen, wo sie ihre Themen anspricht, nur um Ressentiments zu schüren. Echt uncool differenziert – eine Herausforderung.